

## Khun Sa gibt auf

Die burmesische Armee hat Anfang Januar Homong, das Hauptquartier der Mong Tai Army (MTA), eingenommen. Die etwa 4.000 Milizionäre der MTA hätten keinen Widerstand geleistet, hieß es im burmesischen Staatsradio.

Der Einnahme des Hauptquartiers war eine einjährige Offensive der burmesischen Armee vorausgegangen. Khun Sas Position wurde entscheidend geschwächt, als etwa die Hälfte seiner Armee sich Ende des Jahres abspaltete. Daraufhin hatte die MTA alle Zivilisten aus Homong evakuiert. (siehe SOAI 4/95, S. 10)

Es wird vermutet, daß der Einnahme des Hauptquartiers Verhandlungen mit Khun Sa, dem Befehlshaber der MTA, vorausgegangen sind. Die USA verlangten seine Auslieferung, da er seit 1989 mit einem Haftbefehl gesucht wird. Auf Hinweise, die zu seiner Verhaftung führen sind zwei Millionen US-Dollar ausgesetzt. Mitte Januar lehnten die burmesischen Machthaber offiziell ab, Khun Sa auszuliefern. Es gebe kein Auslieferungsabkommen mit den USA. Der burmesische Militärattaché in Thailand sagte, Khun Sa würde nach burmesischen Gesetzen behandelt.

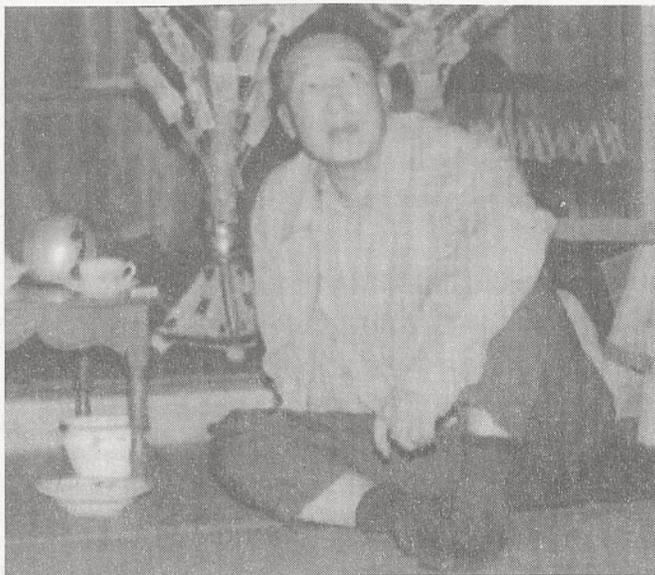
International wird bezweifelt, daß Khun Sa jemals ins Gefängnis kommt. Von burmesischer Seite wurden zunächst keine Angaben über den Verbleib und die Zukunft Khun Sas gemacht. Dann erschien in einer thailändischen Zeitung sein Foto, das ihn im Ge-

spräch mit einem burmesischen General in Homong zeigt.

Aus Shan-Kreisen wurde bekannt, daß Khun Sa über ein Zehn-Punkte-Abkommen mit dem Militär verhandelt. Das Abkommen solle eine Amnestie beinhalten; ferner die Zusicherung, daß er nicht an die USA ausgeliefert werde; und daß ihm eine Privatarmee mit 3000 Mann zugestanden werde, mit der er bestimmte Gebiete kontrollieren kann. Beobachter schließen daraus, daß der SLORC ihm zugesteht, weiter im Drogengeschäft tätig zu sein.

Khun Sas Festnahme als Erfolg des SLORC im Kampf gegen den Drogenhandel wäre somit nur Makulatur. Der Versuch des SLORC, sein Image international aufzupolieren, wäre fehlgeschlagen. Dem Militär wurde immer wieder vorgeworfen, es profitiere direkt oder indirekt vom Drogengeschäft. Thailand befürchtet nun sogar eine Zunahme des Drogenhandels. Khun Sa und seine Generäle, sowie die abgespaltene Armee könnten nun durch den Waffenstillstand mit dem SLORC weitaus ungehinderter den Drogengeschäften nachgehen. Die Situation sei ähnlich wie 1989: Damals hatte die burmesische Armee der United Wa State Army einen Waffenstillstand abgerungen, im Gegenzug wurden ihre Drogengeschäfte toleriert.

vgl. IHT 3., 19.1.96; DPA-Meldung v. 4.1.96; TAZ 5., 16.1.96; BPW 12.1.96; AW 19.1.96; FEER 25.1.96



Machte einen Deal: Khun Sa

aus: FEER v. 25.2.96, S. 15

## NLD boykottiert den Nationalkonvent

Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) hat am 28. November letzten Jahres den Nationalkonvent verlassen. Der Konvent soll die Richtlinien einer zukünftigen Verfassung in Burma ausarbeiten. Aung San Suu Kyi, Oppositionspolitikerin und Gründungsmitglied der NLD, bezeichnete den Konvent als "Farce, an der ich keinen Anteil haben möchte". Mit der Begründung, der Nationalkonvent sei undemokratisch, traten die 81 Delegierten der NLD direkt nach der Eröffnungsveranstaltung der fünften Sitzung zurück. Die NLD will auch die weiteren Sitzungen des Nationalkonvents boykottieren. Sie forderte den Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) zu einem offenen politischen Dialog auf.

Das Militärregime hatte fünf Jahre nach seiner Machtergreifung und der Aussetzung der alten Verfassung den Nationalkonvent einberufen. Von den rund 700 Delegierten sind nur 15 Prozent gewählte Vertreter, der Rest wurde vom Militär bestimmt. Aung San Suu Kyi kritisierte, daß erst die Entscheidungen gefällt und danach diskutiert würde. Dem Konvent bliebe unter diesen Umständen allein die Funktion, die uneingeschränkte Macht des Militärs für die Zukunft zu sichern.

vgl. FR 30.11.95; TAZ 30.11.95; FEER 7., 14.12.95; AW 8.12.95

## Zwangsarbeit an Eisenbahnlinie

Die Karen Human Rights Group (KHRG) berichtet in ihrem Bericht "Ye-Tavoy Area Update" über anhaltende Menschenrechtsverletzungen und über Zwangsarbeit beim Bau der Eisenbahnstrecke von Ye nach Tavoy. Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) läßt die Strecke seit 1994 bauen; sie führt durch Gebiete der Karen und Mon. Für den Bau der Eisenbahnlinie werden Bewohner umliegender Dörfer für einen 15tägigen Zwangsdienst rekrutiert. Sie erhalten für die Arbeit keinen Lohn und müssen für ihre Verpflegung aufkommen. Seit der SLORC mit der New Mon

## Kurzmeldungen

Die Karen National Union (KNU) plane Gespräche über einen Waffenstillstand mit dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Das sagte ein Sprecher der KNU Mitte Februar. Die KNU werde eine zwölfköpfige Delegation nach Rangun entsenden. (IHT 14.2.96)

General San Yu, von 1981 bis 1988 burmesischer Präsident, ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Er sei am 28. Januar in einem Militärkrankenhaus einem Herzleiden erlegen. San Yu verfolgte wie sein Vorgänger, General Ne Win, eine sozialistische und isolationistische Politik. (FAZ 30.1.96; SZ 30.1.96)

Acht Mitglieder der Tanzgruppe Myo Daw Win Mar Anyeini sind nach einem Auftritt auf Aung San Suu Kyis Grundstück vom Geheimdienst festgenommen worden. Sie hatten einige unmißverständliche Anmerkungen über die politische Situation in Burma gemacht. Es ist unbekannt, wo die Künstler gefangen gehalten werden. (AI-Journal, Heft 2/96)

Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger hat einen für Februar geplanten Besuch in Burma abgesagt. Spranger sagte, die Machthaber hätten es kategorisch abgelehnt, daß er auch mit der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi zusammentreffe. (FR 10.2.96)

State Party ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hat, werden verstärkt Menschen zu Sklaverei gezwungen. Seit Ende letzten Jahres mußten ganze Familien die Arbeiten verrichten. Bis dahin war immer nur ein Familienmitglied zum Arbeitsdienst gezwungen worden. Viele Bauern würden deshalb ihre gesamte Reisernte verlieren, befürchtet die KHRG. Sie werden jetzt auch nicht mehr in nächster Nähe ihres Dorfes eingesetzt, sondern müssen in Entfernungen bis zu 120 Kilometern arbeiten.

vgl. Karen Human Rights Group